

KUO Heng-yü (Hrsg.): *Von der Kolonialpolitik zur Kooperation. Studien zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen*. München: Minerva-Publikation 1986 (Berliner China-Studien Bd. 13).

Udo RATENHOF: *Die China-Politik des Deutschen Reiches 1871 bis 1945. Wirtschaft – Rüstung – Militär*. Boppard: Harald Boldt Verlag 1987 (Wehrwissenschaftliche Forschungen, Abteilung Militärgeschichtliche Studien Bd. 34).

William C. KIRBY: *Germany and Republican China*. Stanford: Stanford University Press 1984.

Ernst Günther MOHR: *Die unterschlagenen Jahre. China vor Mao Tse-tung*. Esslingen und München: Bechtle Verlag 1985.

CE Shaozhen: *Flaneur im alten Peking. Ein Leben zwischen Kaiserreich und Revolution*. Hrsg. von Margit Miosga. Köln: Eugen Diederichs Verlag 1987.

Der von Kuo edierte Band ist das Ergebnis eines 1981 geschlossenen Vertrages über die Zusammenarbeit zwischen der Universität Peking und der FU Berlin. Für diesen ersten Versuch einer derartigen Kooperation zwischen Wissenschaftlern beider Länder wurden die gegenseitigen Beziehungen von der Kolonialzeit bis zum Zweiten Weltkrieg – teilweise auch darüber hinaus – als Thema gewählt. Unter den Darstellungen, die Einzelproblemen gewidmet sind oder überblickartig größere Zeiträume behandeln, wirkt allerdings eine hundertseitige Dokumentation von Bodo Wiethoff zum chinesisch-deutschen Luftverkehrsbetrieb 1931–1941 als Fremdkörper. Außerdem vermißt man die ordnende Hand des Herausgebers, der in einer Einleitung den angesprochenen Problemen ihren Platz in der Gesamtgeschichte der bilateralen Beziehungen hätte zuweisen müssen. Ihm wäre dabei vermutlich auch aufgefallen, daß die Behauptung in seinem eigenen Beitrag (Deutschland und China im Jahre 1927, S.294), Berlin sei 1926 nachträglich dem Washingtoner Abkommen beigetreten, nicht übereinstimmt mit Bernd Martins Aussage (Das Deutsche Reich und Guomindang-China, 1927–1941, S.333), es habe sich entgegen den Wünschen der Westmächte nicht angeschlossen. Richtig ist, daß Deutschland über die Aufforderung zum Beitritt hochofreut gewesen war, wurde es doch dadurch als gleichrangige Großmacht anerkannt, daß es aber auf chinesischen Protest hin von der Ratifizierung Abstand nahm und daher nie Signatarstaat dieses „ungleichen Vertrages“ wurde. Das gab später Berlin in der Mandschurei-Krise und zu Beginn des japanisch-chinesischen Krieges die willkommene Möglichkeit, je nach Gutdünken eine neutrale Haltung einzunehmen.<sup>1</sup>

Insgesamt jedoch muß das Werk als gelungener Anfang für einen wissenschaftlichen Dialog angesehen werden. Behindert wurde die Behandlung der Themen offensichtlich durch die nur in unzureichendem Maße zur Verfügung stehenden Quellen und Fachdarstellungen. Die Chinesen konnten nur auf Werke aus der Vorkriegszeit oder ältere Publikationen aus der DDR zurückgreifen; die Fachliteratur und Dokumentenveröffentlichungen aus der Bundesrepublik und den USA waren ihnen dagegen offenbar unbekannt. Die Veröffentlichungen der Partnerseite zu beschaffen, scheint auch für die deut-

<sup>1</sup> Siehe dazu ausführlich Gabriele RATENHOF: *Das Deutsche Reich und die internationale Krise um die Mandschurei 1931–33*. Frankfurt/M. Peter Lang 1984, S.17–19 und passim. (dazu auch die Besprechung in *Oriens Extremus*.30.1983–1986.)

schen Autoren problematisch gewesen zu sein, von denen nur drei (M. Michael, Bettina Gransow, Bodo Wiethoff) chinesisches Material verarbeitet haben, obwohl auch einige andere über die notwendigen Sprachkenntnisse verfügen. Vielleicht könnte hier in Zukunft durch einen Austausch Abhilfe geschaffen werden.

Der Ära des deutschen Kolonialismus und Imperialismus sind die ersten fünf Beiträge gewidmet. Liu Xinwu beschäftigt sich mit der Rolle des Geographen und späteren Rektors der Universität Berlin, Ferdinand von Richthofen, der China 1868–72 auf sieben großen Reisen erforschte (hier hätte man sich eine Karte gewünscht) und seine Ergebnisse in den darauffolgenden Jahrzehnten auswertete. Immer beschäftigte den Wissenschaftler dabei aber auch die Frage, an welcher Stelle sich Deutschland in China festsetzen könnte. Dazu untersuchte er die großen Märkte, Rohstoffvorkommen, Möglichkeiten zum Eisenbahnbau und geeignete Hafenplätze. Sein Einfluß in Deutschland als Kenner Chinas war sehr groß, auch wenn er zunächst – vergeblich – die Annexion anderer Orte als das 1897 „gepachtete“ Kiautschou empfohlen hatte, dessen Inbesitznahme durch den erzwungenen Einfluß auf Shantung abgerundet wurde. Dieses Ereignis ist das Thema des Beitrags von Liu Shanzhang, der sich aber leider in penetranter Weise ideologischer Schlagworte bedient, die noch dem verstaubten Repertoire des Kalten Kriegs entstammen. Die Deutschen sind sämtlich Imperialisten, Kapitalisten, aggressiv, lüstern und getrieben von „kolonialen Raubgedanken“. Den Kaiser, Wilhelm II., hört er – beim Lesen eines deutschen Dokuments – „wahnwitzig schreien.“ Geschlossenen Widerstand leisten natürlich die breiten chinesischen „Volksmassen“, denen auch eine wichtige Rolle in der Untersuchung von Zhao Zhenmin über die Usurpierung der Bergbaurechte in Shantung durch das Deutsche Reich zukommt. Die Frage, ob die unterdrückten Kulis unter chinesischen Herren ein besseres Leben führten, wird leider nicht behandelt. Daß es auch anders, nämlich sachlicher, zugehen kann, beweist Mi Rucheng, der ebenfalls aus der Volksrepublik stammt, mit seiner Studie über den deutschen Eisenbahnbau 1870–1938. Auch bei ihm wird klar, daß die Schaffung eines Bahnnetzes der kolonialen Ausbeutung diene, doch ist seine Argumentation wohlthuend frei von Schlagworten und erkennt zumindest ansatzweisen an, daß die Entwicklung partiell auch Chinas Interessen entgegenkam.

Vieles bleibt einfach Ansichtssache. Wurde z. B. China von Deutschland nur ausgeplündert, oder brachte dessen Engagement, das in seinem Ausmaß übrigens umstritten scheint, auch dem „Reich der Mitte“ Nutzen? Stärker als ihre Kollegen aus dem Partnerland neigen die deutschen Autoren zu der Ansicht, daß die Zusammenarbeit – und teilweise sogar der Kolonialismus – auch chinesischen Interessen gedient habe. Martin zufolge konnte Deutschland die wirtschaftlichen Konzessionen in Shantung mangels Kapital nur schleppend und unvollständig ausbeuten, entwickelte aber vielmehr Tsingtao zu einer Musterkolonie und lieferte damit ein erstes Modell geglückter westlicher Entwicklungshilfe. Zu differenzierenden Ergebnissen, die einen positiven Aspekt für China mit beinhalten, kommt auch Bettina Gransow in ihrer Untersuchung über den deutschen Maschinenexport vor und nach dem Ersten Weltkrieg sowie die Ausbildung von Chinesen zu Ingenieuren. Ähnlich lautet das Urteil Erling von Mendes, der sich mit der protestantischen China-Mission vor dem Ersten Weltkrieg befaßt. Der Autor beschönigt keineswegs die Rolle der Missionare bei der erzwungenen Öffnung des Landes und der Abpressung von Sonderrechten durch die Großmächte sowie die häufigen beleidigenden Verstöße gegen die kulturelle Identität der Chinesen, betont aber andererseits die Leistungen auf sozialem, medizinischem wie erzieherischem Gebiet und sieht sogar einen Anteil des Protestantismus an den revolutionären Bewegungen. Dagegen

legt der Autor aus der Volksrepublik China, Liu Shanzhang, die Rolle der Missionen einseitig als Handlanger des Imperialismus aus. Hier ist besonders zu bedauern, daß v. Mende keine chinesischen Quellen benutzt hat, in denen die Betroffenen zu Worte gekommen wären.

Hart ins Gericht geht M. Michael mit Berlins exponierter Rolle während des Boxeraufstands (1900) und dem von Wilhelm II. propagierten Rachefeldzug. Er weist aber auch nach, daß Deutschland selbst zu der Erkenntnis gekommen sei, eine Aufteilung Chinas wäre nicht im eigenen Interesse, da die Beherrschung des zu erhaltenden Anteils starke militärische Kräfte gebunden hätte. Ohnehin blockierten sich die Großmächte gegenseitig und verhinderten eine Zerstückelung.

Von großer Bedeutung für die bilateralen Beziehungen war die Zäsur des Jahres 1927, als Chiang Kai-shek sich mit dem Shanghaier Finanzkapital liierte, den Bruch mit den Kommunisten herbeiführte und praktisch die Macht ergriff. Er sah sich nun nach einem neuen Partner um, der ihm an Stelle der Sowjets Rüstungsgüter liefern und Militärberater entsenden würde, eine Rolle, die Deutschland bald übernahm. Diese Zäsur aus der Sicht deutscher Diplomaten findet ihre Behandlung in dem Beitrag von Kuo Heng-yü (FU Berlin). Erstaunlich ist, daß Japan in den Überlegungen gar nicht vorkam, die expansiv gestimmte Großmacht und schon bald Berlins Rivale um politischen und wirtschaftlichen Einfluß. Waren die Vertreter des Reiches wirklich so kurzsichtig?

Bernd Martin streicht die Interessen heraus, die Deutschland bei seiner Kooperation mit China von diesem Zeitpunkt an verfolgte: Es öffnete sich einen großen Absatzmarkt, besonders für Rüstungsgüter, und milderte damit die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise etwas ab. Außerdem machte es sich bei der Modernisierung Chinas durch den Aufbau einer Schwerindustrie unentbehrlich. Im Gegenzug erhielt es wichtige Rohstoffe, besonders Wolfram. Hatte China für die Weimarer Republik politisch eher als Partner gegen die anglo-amerikanische Vorherrschaft in der Welt eine Rolle gespielt, so verfolgte das nationalsozialistische Regime vorübergehend den Plan, es nach einer weiteren forcierten Aufrüstung als Alliierten gegen die Sowjetunion an sich zu binden. Dieses Konzept wurde jedoch mit der Option Berlins für Tōkyō 1938 nach dem Ausbruch des japanisch-chinesischen Krieges aufgegeben. Die Zusammenarbeit hatte nach Ansicht des Autors ohnehin nicht die Modernisierung Chinas herbeiführen können, da die einseitige Konzentrierung auf militärische Aufrüstung die drängenden sozialen Probleme, insbesondere auf dem Agrarsektor, völlig außer acht gelassen hatte.

Mit dem deutschen China-Bild und der Rolle der Deutschen im „Reich der Mitte“ beschäftigt sich Mechthild Leutner und weist dabei nach, wie oft das Urteil von Rassismus geprägt war. „Schlitzäugig“ wurde synonym gebraucht für „hinterlistig“, und einheimische Religionen wurden unter dem Einfluß der Missionare mit „Aberglauben“ gleichgesetzt. Auf jeden Fall waren die Chinesen Kinder, die gegängelt werden mußten. Bald nach der Jahrhundertwende waren es dann weniger Kanonen, die den deutschen Interessen den Weg bereiten sollten, sondern die deutsche Sprache, Kultur und Wissenschaft, mit denen die Chinesen gewonnen werden sollten. Entsprechende Aktivitäten wurden nach dem Ersten Weltkrieg verstärkt, als Deutschland keine militärischen Druckmittel mehr zur Verfügung standen.

Das Sammelwerk wird abgeschlossen durch Untersuchungen chinesischer Wissenschaftler über die Beschäftigung mit Nietzsches Philosophie, die Rezeption deutscher Literatur und die Verbreitung des Marxismus in China, wobei bei letzterem Thema der Bogen dadurch geschlagen wird, daß Marx, wie anerkennend hervorgehoben wird „der große Sohn des deutschen Volkes“ ist.

Udo Ratenhof geht es in seiner Freiburger Dissertation darum, Kontinuität und Diskontinuität in der China-Politik des Deutschen Reiches darzustellen und – wo immer möglich – deren Stellenwert für die deutsche Außenpolitik und deren Wirkung auf die Modernisierungsversuche im „Reich der Mitte“ herauszuarbeiten. Er klammert dabei Auswirkungen der chinesischen Außenpolitik auf Deutschland aus, da er keinen derartigen Einfluß zu erkennen vermag. Der Schwerpunkt seiner Untersuchung liegt auf den Epochen des Hochimperialismus und des Nationalsozialismus. Der Autor will dem Mangel abhelfen, daß trotz des Vorhandenseins von umfangreichen und qualitativ hochwertigen Monographien bisher überblicksartige Darstellungen fehlten, die die Grundstrukturen in den deutsch-chinesischen Beziehungen des gesamten Zeitraums von der Gründung bis zum Ende des Deutschen Reiches behandeln. Das Geflecht von Wirtschaft, Militär und Politik wird auf der Basis einer noch nie aufgearbeiteten Fülle von Quellen aufgezeigt, wobei gedruckte wie unpublizierte deutsche Dokumente überwiegen. Chinesische Sprachkenntnisse besitzt der Autor leider nicht.

Ratenhof sieht in dem behandelten Zeitraum sowohl Parallelen und Kontinuitäten als auch Brüche, bedingt dadurch, daß Deutschland zweimal aus einer Position der Schwäche heraus erstarkte und dann durch die Niederlagen in zwei Weltkriegen wieder jäh seinen Höhenflug beendet sah. Der Autor unterscheidet fünf Phasen – bzw. Phasenpaare –, die miteinander verzahnt waren: 1. Der Aufbau: Von 1862 bis Mitte der 1880er Jahre und die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bis ca. 1924. 2. Die Stärkung: Von den ausgehenden 1880er bis zur Mitte der 1890er Jahre und die mittleren 1920er Jahre. 3. Der Umbruch: Von der Mitte der 1890er Jahre bis zur Jahrhundertwende und vom Ende der 1920er Jahre bis 1933. 4. Die Aufrüstung: Vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zur chinesischen Revolution von 1911 und die Zeit von 1933 bis ca. 1938. 5. Die beiden Weltkriege und ihre unmittelbare Vorgeschichte.

Als im 19. Jahrhundert und dann wieder nach dem Ersten Weltkrieg durch den Druck fremder Mächte die staatliche Ordnung in China zerfiel, war Deutschland mit seinem eigenen Aufbau bzw. Wiederaufbau beschäftigt und nahm in Ostasien eine zurückhaltende Position ein, um andere Nationen nicht zu provozieren. Daher wurden z.B. aufsehenerregende Rüstungslieferungen nach China vermieden. Die Führung der China-Politik lag eindeutig in den Händen des Auswärtigen Amtes und nicht etwa beim Militär. Der Handel hatte nur einen bescheidenen Umfang, wies aber permanent Zuwachsraten auf. Die Reputation des Reiches, das durch den Ersten Weltkrieg alle Sonderrechte verloren hatte, wuchs durch das bescheidene Auftreten erheblich.

In der nächsten Phasengruppe konnten sich in China beide Male nationale Kräfte durchsetzen, die sich gegen die Interventionsversuche fremder Mächte wandten, doch kamen Modernisierungsbestrebungen nicht über bescheidene Anfangserfolge hinaus. Das Auswärtige Amt gab allmählich und widerstrebend seine ablehnende Haltung auf und beugte sich dem Druck von Industrie und Handel, staatliche Exportförderungsmaßnahmen durchzuführen. Rüstungslieferungen nahmen einen immer größeren Raum ein; parallel dazu wurden Ausbilder und Berater entsandt. Das geschah zwar offiziell auf privater Basis durch die Industrie, doch war nach dem Ersten Weltkrieg die Reichswehr vermittelnd daran beteiligt. Als Chiang-Kai-shek 1927 mit den Kommunisten brach, verwies er die bisher in China tätigen sowjetischen Militärberater des Landes und ersetzte sie durch deutsche. Damit verstieß Berlin ebenso wie mit seinen Rüstungslieferungen gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages. China, ebenfalls Unterprivilegierter der internationalen Ordnung, sollte Deutschlands Partner für die Revisionspolitik werden.

In der dritten Phase – während des Hochimperialismus im ausgehenden 19. Jahrhundert bzw. nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 – verlor das bisher mäßig wirkende Auswärtige Amt an Einfluß zugunsten des Militärs. Sollte der wilhelminische Imperialismus – mit der „Pachtung“ von Kiautschou wurde in China eine neue Runde kolonialer Erwerbungen eingeläutet, und an der Boxerintervention trug Berlin die Hauptschuld – Deutschland im Eiltempo den Status einer Weltmacht verschaffen, so machte sich der Revisionismus Anfang der 1930er Jahre weniger pompös bemerkbar und zielte lediglich auf die Erringung der alten Großmachtstellung ab. Auch jetzt zeigte sich aber ein gestiegenes Selbstbewußtsein der Militärs, wie man u. a. an der selbtherrlichen Politik betreffend Militärberater und Rüstungsexporte erkannte. Engster Verbündeter der Militärs war in beiden Epochen die Wirtschaft. China wehrte sich nach dem verlorenen Krieg mit Japan 1894/95 verzweifelt gegen Interventionsversuche der weißen Mächte und kämpfte um die Wahrung seiner Souveränität und um seine nationale Einheit. Nach dem Ersten Weltkrieg ging die Gefahr hauptsächlich von Japan aus, wie sich am deutlichsten 1931 mit der Annexion der Mandschurei zeigte. Beide Phasen der Bedrohung waren in China gekennzeichnet durch „Reformversuche von oben“, die sich jedoch auf eine militärische Aufrüstung konzentrierten. Deutschland sollte dafür zu einem wichtigen Partner werden.

Zwischen der Boxer-Rebellion und der Revolution von 1911 rüstete China in großem Umfang auf. Deutschland leistete dazu einen Beitrag durch verstärkte Rüstungslieferungen, doch handelte es sich dabei meist um veraltetes Material, das in anderen Ländern kaum noch abzusetzen war. Anders verhielt es sich mit der Zusammenarbeit in den 1930er Jahren: Die Verkäufe umfaßten auch moderne Waffen wie Technik und steigerten durch die Tätigkeit der Militärberater noch ihren Wert. Deutschland erhielt dafür wichtige Rohstoffe, die besonders zur Rüstungsproduktion unter den Nationalsozialisten benötigt wurden. Es verwundert daher nicht, daß in dieser Zeit Maßnahmen zur Verstaatlichung des Chinahandels ergriffen wurden. Nach der Niederlage des Zarenreiches gegen Japan im Jahre 1905, als sich Petersburg wieder verstärkt Europa zuwandte, und nach Hitlers Machtübernahme erschien China sogar vorübergehend als wertvoller künftiger Bündnispartner Deutschlands gegen Rußland. Ein Dilemma entstand jedoch dadurch, daß Hitler noch mehr an einer Allianz mit Japan gelegen war, der Macht also, die China in seine Abhängigkeit zu bringen suchte. Erreicht wurde daher das Gegenteil von Hitlers Intention: Chiang sah sich gezwungen, die Bekämpfung der Kommunisten einzustellen, mit seinen schärfsten inneren Gegnern gemeinsame Sache gegen die Japaner zu machen und auch wieder enger an die UdSSR heranzurücken. Nach Ausbruch eines Krieges zwischen den beiden Kontrahenten in Ostasien im Jahre 1937 versuchte Deutschland eine Friedensvermittlung, die jedoch an den überzogenen Forderungen Tôkyôs scheiterte. Deutschland ließ daher 1938 China fallen: Es zog die Militärberater ab, verpflichtete sich gegenüber Tôkyô zur Einstellung der Waffenlieferungen an Chiang und erkannte den japanischen Satellitenstaat „Manchukuo“ an. Für seine eigene Kriegswirtschaft nahm Hitler damit erhebliche Nachteile in Kauf.

In beiden Weltkriegen bzw. schon kurz davor verlor Deutschland eine wirtschaftliche Vorzugsstellung in China. Hoffnungen, letztlich über Tôkyô Vorteile in einem von Japan kontrollierten China zu erhalten, erfüllten sich nicht. *De jure* befanden sich Deutschland und China in beiden Weltkriegen im Kriegszustand miteinander, doch war diese Entwicklung nur die Folge von Deutschlands Beziehungen zu den anderen Großmächten. Zu Kampfhandlungen kam es nicht. In China wurden durch die beiden Welt-

kriege die Zerfallserscheinungen gefördert, die zum Entstehen von Partikulargewalten und schließlich zum Bürgerkrieg führten.

Die Studie von William Kirby wird zwar von Ratenhof aufgeführt, doch erschien sie offenbar zu spät, um noch volle Berücksichtigung zu finden. Sie beschäftigt sich mit der Nanking-Ära der Kuomintang (1928–1938), als der Einfluß Deutschlands in China denjenigen jeder anderen Macht überstieg. Der besondere Wert von Kirbys Arbeit liegt darin, daß in ihr zahlreiche veröffentlichte wie auch unpublizierte chinesische Quellen verarbeitet sind. Man hätte sich nur noch gewünscht, daß der Autor auch japanisches Material untersucht hätte, denn Tôkyô saß ja immer als – meist ungebetener – Teilnehmer mit am deutsch-chinesischen Verhandlungstisch. So hätte sich z.B. noch größere Klarheit über die japanisch-deutsche Wirtschaftsrivalität in der Mandschurei und den Verlauf der – völlig unzureichend abgehandelten – Friedensvermittlung 1937/38 gewinnen lassen.

Kirby weist nach, daß schon Sun Yat-sen kurz nach dem Ersten Weltkrieg Berlin um technische und militärische Hilfe ersucht hatte, jedoch vergeblich, und daß er sich erst an die Sowjets wandte, als sich kein anderes Land zur Unterstützung bereit fand. Deren Nachfolger, die ab 1928 tätigen deutschen Militärberater, stimmten offensichtlich grundlegend mit Chiangs Programm überein, China zuerst aufzurüsten und zu industrialisieren, bevor man an die sozialen Reformen heranginge. Die Versäumnisse auf letzterem Gebiet stärkten dagegen die Kommunisten und sollten erheblich zu deren Sieg 1949 beitragen.

Basierend auf den Studien von Lloyd Eastman<sup>2</sup> zeichnet Kirby ein Bild von der Kuomintang-Organisation der „Blauhemden“ als eines von Faschismus und Nationalsozialismus inspirierten Verbandes. Dieser Auffassung ist inzwischen mit einiger Polemik widersprochen worden,<sup>3</sup> doch wirken auf den Rezensenten die Argumente von Eastman und Kirby überzeugender.

Sehr detailliert führt Kirby den Nachweis, daß sich in den ersten Jahren nationalsozialistischer Herrschaft die Beziehungen zu beiderseitigem Nutzen festigten und daß Berlin in China einen Ersatz für den aus ideologischen Gründen an Bedeutung verlierenden sowjetischen Markt sah. Es räumte Nanking so günstige Kredit- und Investitionsbedingungen ein, wie China sie sonst in keinem Land der Welt erhielt. Neben den bereits mehrfach erwähnten Militärberatern entsandte das Reich Techniker und Ingenieure, um den Bergbau zu fördern und die Industrie aufzubauen. Zahlreiche chinesische Zivilisten und Offiziere erhielten eine Ausbildung in Deutschland. Das Deutsche Reich stand nach den USA bald an zweiter Stelle unter Chinas Handelspartnern. Trotz des Prinzips „Industrieerzeugnisse gegen Rohstoffe“ vermeidet Kirby den in der marxistischen Geschichtsschreibung herrschenden Vorwurf einer „imperialistischen Politik“ oder eines „kolonialen Abhängigkeitsverhältnisses“ und betont vielmehr den beiderseitigen Nutzen, die Gleichberechtigung in den Partnerbeziehungen und die chinesische Kontrolle über die mit deutscher Hilfe errichteten Betriebe.

---

2 Lloyd EASTMAN: *The Abortive Revolution: China under Nationalist Rule, 1927–1937*. Cambridge/Mass.: Harvard University Press 1974.

3 Maria Hsia CHANG: *The Chinese Blue Shirt Society: Fascism and Developmental Nationalism*. Berkely: Institute of East Asian Studies/University of California 1985 (China Research Monograph Nr. 30). Siehe auch die Kontroverse zwischen Chang und Eastman in *The China Quarterly*, 1979, S. 553–567, 838–842.

Der Autor sieht es als entscheidenden Fehler Chiangs an, Shanghai und Nanking 1937 verbissen verteidigt und dabei seine besten – d.h. die „deutsch“ ausgebildeten – Verbände geopfert zu haben. Es ist aber doch fraglich, ob der Marschall glaubwürdig geblieben wäre und sich als unangefochtener Führer Chinas hätte halten können, wenn er seine Elitetruppen geschont, aber die lokalen Militärbefehlshaber zu kompromißlosem Widerstand gegen die Japaner aufgerufen hätte; außerdem war Shanghai am stärksten befestigt, und nur hier besaßen die Chinesen eine Chance für beeindruckende Erfolge – und in der Tat irritierte der hartnäckige Widerstand die Japaner erheblich.<sup>4</sup>

Die turbulenten Jahre von 1932 bis 1937 erlebte Ernst Günther Mohr als junger deutscher Diplomat auf Posten in Shanghai, Peking und Nanking. Sein Buch bietet keine neuen Erkenntnisse zur großen Politik jener Zeit, fängt aber plastisch die Atmosphäre ein und läßt den Leser die Endzeitstimmung einer Epoche miterleben. Hätte der Autor es doch dabei belassen! Statt dessen macht er es sich zur Aufgabe, über die Verdienste Chiang Kai-sheks aufzuklären und zwar mit der Behauptung, dessen Herrschaftszeit würde in der Geschichtsschreibung ausgeklammert. Hier ist der Autor schlichtweg uninformiert, denn gerade die Behandlung Kuomintang-Chinas hat in den letzten Jahren geradezu einen Boom erlebt. Diese Werke hat Mohr überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, wie auch sein Literaturverzeichnis beweist. In seinem Buch finden sich zwar nur vereinzelt krasse Fehler, aber dafür eine Fülle grober Verzerrungen. Alle, die an seinem „Helden“ Chiang auch nur die leiseste Kritik üben, werden als „superschlaue Besserwisser“ (S.275) oder unverbesserliche Kommunisten abqualifiziert. Mohr, der bis 1969 hohe diplomatische Posten für die Bundesrepublik bekleidete, ist noch stark vom Kalten Krieg geprägt. Gelegentlich gleitet er dabei ins Komische ab: „Und die marmornen Löwen, die einst die deutsche Gesandtschaft bewachten, sind vor die Botschaft der DDR gesetzt worden und blicken jetzt traurig und beschämt drein“ (S.89).

Chiangs Versäumnis, keine sozialen Reformen durchgeführt zu haben, erklärt Mohr mit dem Vorrang, den die Abwehr der Japaner und der Kommunisten notwendigerweise genossen habe, und führt als Beispiel für den guten Willen des Marschalls die Landreform in Taiwan nach dem Zweiten Weltkrieg an (S.34, 243, 277). Er übersieht dabei aber den amerikanischen Druck hinter dieser Maßnahme, hervorgerufen durch den Schock über den „Verlust Chinas“. Merkwürdig verzeichnet ist auch das Bild der USA, wo es von Russen- und Kommunistenfreunden nur so zu wimmeln scheint.

Chiangs einziger Fehler war angeblich, daß japanische Friedensangebot vom Oktober 1937 abgelehnt zu haben (S.278, 312–314). Mohr verkennt jedoch, wie hart die – von ihm nur unvollständig aufgeführten – Bedingungen Tôkyôs waren. Chiang hätte mit einer Zustimmung wohl seinen eigenen Sturz bewirkt, zumal Shanghai noch nicht gefallen war und die Chinesen noch auf eine Intervention anderer Mächte hofften.

Daß man die Umwälzungen im Reich der Mitte auch objektiver beurteilen kann, beweist der Mongolenprinz Tsedan Sorji, der seine Erinnerungen unter seinem chinesischen Namen Ce Shaozhen in deutscher Sprache niedergeschrieben hat. Mit „Gehirnwäsche“ oder erzwungener Umerziehung allein ist dieser Unterschied zu Mohr sicher nicht zu erklären, sondern zu einem guten Teil durch die geschilderten Zustände vor der Revolution.

---

4 Zu diesem Schluß kommt auch CH'I Hsi-sheng: *Nationalist China at War: Military Defeats and Political Collapse, 1937–45*. Ann Arbor: University of Michigan Press 1982, S.45–49.

Der Vater des Autors hatte an der Militärakademie in Japan studiert und später in Peking militärische und zivile Ämter bekleidet. Ce wurde 1914 in der Hauptstadt geboren und wuchs dort auf. Da er die chinesische Sprache nicht perfekt beherrschte, besuchte er die deutsche Schule und verkehrte jahrzehntelang viel mit Deutschen. Später ging er eine Zeitlang in Hirschberg/Schlesien zur Schule und studierte schließlich an der französischen Universität in Shanghai. Ab 1938 arbeitete er in dem von den Japanern besetzten Peking für das Deutsche Nachrichtenbüro (DNB), verlor diese Stellung jedoch 1942, da seine Schwester mit einem Franzosen verheiratet war, der sich in London de Gaulle angeschlossen hatte (und nach dem Krieg französischer Generalkonsul in Peking werden sollte).

Ab 1944 arbeitete Ce als Deutschlehrer an einer Pekinger Universität, wurde nach der Niederlage der Japaner Abgeordneter und unterlag nach dem Sieg der Kommunisten einer jahrelangen „Umerziehung“. Von 1957 an war er als Deutschlehrer an der Hochschule für Diplomatie und später am Fremdspracheninstitut beschäftigt. Während der Kulturrevolution wurde er zur Feldarbeit aufs Land geschickt und arbeitete nach seiner Rehabilitierung bis zum Erreichen der Altersgrenze an einem deutsch-chinesischen Wörterbuch mit.

Ce beschreibt in seinen Erinnerungen das Alltagsleben von Chinesen und Ausländern in Peking, anekdotenhaft über das Kaiserreich, aus eigenem Erleben über die Republik, unter japanischer Besatzung und zur Zeit der Volksrepublik. Sonnen- und Schattenseiten werden verdeutlicht, immer mit einem Schuß Humor. Der Herausgeberin sei gedankt, daß sie das Manuskript aufgespürt, überarbeitet und durch Interviews mit dem Autor ergänzt hat.

Gerhard Krebs, Freiburg i. Brsg.